

Beschluss

Klimafreundliche Mobilität der Zukunft – Technologieoffenheit statt Denkverbote

Die Freien Demokraten Baden-Württemberg sprechen sich für mehr Technologieoffenheit und einen Wettbewerb der Ideen in Fragen der Zukunft der Mobilität aus. Die einseitige politische Festlegung auf die batteriegebundene Elektromobilität als Technologie der Wahl zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von Kraftfahrzeugen lehnen wir ab. Diese planwirtschaftliche Fokussierung auf eine als „Heilsbringer“ verkündete Technologie verdrängt die Möglichkeit alternative Fahrtriebe zu entwickeln oder in Richtung alternativer Kraftstoffe bei herkömmlichen Verbrennungsmotoren zu forschen.

Ganzheitliche Betrachtung des ökologischen Fußabdrucks

Die Freien Demokraten erkennen die Notwendigkeit einer Reduzierung von CO₂-emissionen im Straßenverkehr als Beitrag zur Erreichung der Klimaziele an. Um ein tatsächlich nachhaltiges Erreichen der Ziele zu ermöglichen, muss aber jede Technologie ganzheitlich mit Hinblick auf ihren ökologischen Fußabdruck (ecologic foot print) geprüft werden. So ist zu berücksichtigen, dass eine energieintensive oder emissionsbehaftete Herstellung inklusive Ressourcenabbau und eventueller Entsorgung bzw. Recycling die Vorteile einer Technologie im Betrieb aufheben.

Die Freien Demokraten betrachten eine Reduzierung der Schadstoff- und Treibhausgasemissionen als eine Herausforderung, zu deren Lösung man nicht isoliert einzelne Emittenten, wie Kraftfahrzeuge, angreifen kann. Vielmehr muss Ziel einer sinnvollen Klimapolitik sein, dass alle Emittenten gleichermaßen berücksichtigt werden. Beispielsweise ist der Ausstoß von klimaschädlichen Gasen durch Heizungen in Gebäuden anteilmäßig höher als durch den Straßenverkehr.

Schwierigkeiten der Elektromobilität

Die Elektromobilität nach dem derzeitigen Stand der Technik löst zwar lokal die Emissionsprobleme beim Verbraucher, verlagert diese aber an die Erzeugungsstätten der verbrauchten elektrischen Energie und an die Produktionsstätten der Energiespeicher. Auch wenn unser Ziel einer Energieversorgung ausschließlich auf Basis von erneuerbaren Energien erreicht werden würde, ist es denkbar, dass die Elektromobilität durch ihren ökologischen Impact nachteilig gegenüber anderen Antriebsarten ist.

Unabhängig davon stellt die Verlagerung des Energiebedarfs für die Fortbewegung von fossilen Kraftstoffen auf elektrische Speicher eine Herausforderung für die Infrastruktur dar. Um Forderungen bis 2030 Verbrennungsmotoren in Neuwagen zu Gunsten der Elektromobilität zu verbieten durchzusetzen, müssten neue Ladestationen gebaut und auch die Energietrassen verstärkt werden. Auch wenn wir daran glauben, dass diese Aufgaben zu bewältigen sind, ist es eventuell sinnvoller vorhandene Infrastruktur zu nutzen.

Alternative Kraftstoffe auf regenerativer Basis als einfache Alternative

Dies wäre beispielsweise möglich, indem synthetisch oder biologisch Methan hergestellt wird, das über das vorhandene Erdgasnetz sowohl an Tankstellen als auch an Gebäude verteilt werden kann. Dadurch könnte man nicht nur den Straßenverkehr auf durch erneuerbare Energien erzeugte Energieträger umstellen, sondern auch die Beheizung von Gebäuden klimaneutral gestalten. Power-to-Gas-Verfahren zur synthetischen Herstellung

von Methan bieten zusätzlich die Möglichkeit überschüssige erneuerbare Energie zu verwerten. Damit ließe sich auch im Sinne einer energiewirtschaftlichen Sektorkopplung das Speicherproblem bei erneuerbaren Energien mildern.

Darüber hinaus würden aus erneuerbaren Energien erzeugte Kraftstoffe nicht nur die CO₂-Bilanz von Neufahrzeugen verbessern, sondern auch von der Bestandsflotte. Bereits eine Verbesserung der CO₂-Emissionen um 1 g/100 km hat denselben Effekt wie eine Reduzierung der Emissionen der Neuwagenflotte um 20 g/100 km. Dabei ist eine Reduzierung der Emissionen durch Änderung der Zusammensetzung der Kraftstoffe durch deutlich weniger Aufwand zu bewerkstelligen, da bestehende Technologien weitergenutzt werden können oder nur geringfügige Modifikationen an bestehenden Fahrzeugen von Nöten wären.

Technologieoffenheit als bewährter Ansatz zum Erfolg

Eine technologieoffene Politik erlaubt, dass sich die wirtschaftlichste und ökologisch verträglichste Technologie bedarfsgerecht durchsetzt. Ein Verbot von Verbrennungsmotoren in Deutschland würde die hiesige Industrie unweigerlich stark schwächen, obwohl in anderen Ländern der Welt Verbrennungsmotoren nach derzeitigem Stand der Technik die einzig gangbare Möglichkeit zur Fortbewegung darstellen und daher auch nachgefragt werden. Beispielsweise haben Elektroantriebe mit Batterien in Regionen mit kaltem Klima, wie beispielsweise im Norden der USA oder im Norden Chinas, kaum Anwendungsmöglichkeiten. Selbiges gilt für besonders heißes Klima. Diesen Markt gilt es ebenfalls abzudecken und davon kann auch die hiesige Automobilindustrie profitieren.

Eine Bedingung dafür, dass sich nicht nur die wirtschaftlichste, sondern auch die ökologisch verträglichste Technologie durchsetzt, sind sinnvolle Rahmensetzungen durch die Politik. Durch die Einbeziehung des Upstream-CO₂-Emissionshandels (mit Raffinerien und Kraftstoffimporteuren als Marktteilnehmern) in den europäischen Zertifikatehandel würden die Kosten für die Emissionszertifikate an der Tankstelle oder Ladestation europaweit auch auf den Verbraucher umgelegt. Durch geschickte Rahmensetzung kann sich somit die umweltfreundlichste Technologie am Markt durchsetzen.

Technologieoffenheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsfähigkeit Deutscher und europäischer Automobilhersteller. Das Land der Tüftler und Denker hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stets als erfindungsreich erwiesen und hat mit neuen Entwicklungen auf globale Veränderungen reagiert. Dazu waren nie politisch gewollte Fokussierungen auf eine Technologie notwendig.

Darum fordern die Freien Demokraten Baden-Württemberg:

1. Eine technologieoffene Forschungsförderung für verschiedene Antriebs- und Energiespeicherkonzepte sowie für alternative auf regenerativer Basis erzeugte Kraftstoffe
2. Keine einseitige Förderung einzelner Technologien, wie der Elektromobilität, durch Subventionen für Kunden oder Hersteller
3. Keine Verbote für Kraftfahrzeuge mit Verbrennungsmotoren
4. Vor einer überdurchschnittlichen Förderung zu Gunsten einer ausgewählten Technologie eine ganzheitliche Betrachtung der ökologischen und ökonomischen Auswirkungen der Technologie, inkl. Betrachtung der Herkunft und Bereitstellung der benötigten Rohstoffe, Umweltfolgen im Betrieb, Auswirkungen auf die Infrastruktur, Umweltfolgen der Entsorgung

5. Eine ganzheitliche Betrachtung des Klimaproblems unter Berücksichtigung aller wesentlichen Schadstoff- und CO₂-Emittenten ohne isolierte Betrachtung einzelner Verursachergruppen
6. Die Einbeziehung des Upstream-CO₂-Emissionshandels für Kraftstoffe in den europäischen Zertifikatehandel zu prüfen
7. Das Zulassen eines Wettbewerbs der Technologien durch unterstützende Rahmensetzung der Politik, die umweltfreundliche Anwendungen belohnt

Stuttgart, 21.1.2017